

## Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katja Kipping, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

### zu der vereinbarten Debatte

### zur Situation nach dem Auslaufen des Finanzhilfeprogramms für Griechenland

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag begrüßt und respektiert die auf Antrag der Regierung Tsipras getroffene Entscheidung des griechischen Parlaments, am 5. Juli 2015 eine Volksabstimmung zum Verhandlungsangebot der „Institutionen“ – der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) – anzusetzen. Die Maßnahmen auf der Basis des Angebots der Institutionen waren für die griechische Regierung unannehmbar. Sie hätten der schwer angeschlagenen griechischen Wirtschaft neuen Schaden zugefügt, die ohnehin dramatische soziale Situation nochmals verschärft und eine neue Verschwendung von Milliarden europäischer Steuergelder bedeutet. Deshalb hat SYRIZA die Bevölkerung aufgerufen, mit „Nein“ zu stimmen. Es ist das unverbrüchliche Recht und eine demokratische Notwendigkeit, dass die Griechinnen und Griechen selbst demokratisch über die harten Austeritätspolitischen Auflagen entscheiden, die ihnen aufgezwungen werden sollen.

Die Weigerung der drei Institutionen und der Eurogruppe, das bestehende Programm kurzfristig zu verlängern, widerspricht demokratischen Prinzipien. Die getroffenen und angekündigten einseitigen Maßnahmen und Vorentscheidungen stellen einen Versuch dar, durch Druck, Einschüchterung und Einflussnahme von außen ungerechtfertigten Einfluss auf die Willensbildung der Griechinnen und Griechen zu nehmen. Die Volksabstimmung muss demgegenüber demokratisch unter Bedingungen stattfinden, die eine freie Entscheidung der Griechinnen und Griechen ermöglichen. Das Ergebnis des Referendums hat eine höhere Legitimität und demokratische Autorität als Vereinbarungen der Finanzminister und Institutionen.

Ein Festhalten an den unannehmbaren Forderungen der Institutionen und der Eurogruppe – wie an unrealistischen Primärüberschusszielen, sozial verheerenden Rentenkürzungen sowie sozial wie wirtschaftlich unverträglichen Mehr-

wertsteuererhöhungen – und die Weigerung, einer Sonderabgabe für große Unternehmen zuzustimmen, sowie die Ablehnung, über Maßnahmen zur Reduzierung der Schuldenlast zu verhandeln, bedeutet eine Fortsetzung der gescheiterten Austeritätspolitik.

Die Institutionen, die Eurogruppe und die Bundesregierung tragen mit ihrer undemokratischen Erpressungspolitik darüber hinaus die Verantwortung für die derzeit noch unabsehbaren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen für Griechenland sowie für die Stabilität des Euroraums und der Europäischen Union. Es geht jetzt nicht nur um die Zukunft Griechenlands, sondern auch um die Zukunft Europas. Ein „Nein“ im Referendum wäre ein wichtiges Signal im Kampf gegen Austerität in Griechenland und europaweit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich auf der Ebene der Europäischen Union, in der Eurogruppe und gegenüber den Gläubigerinstitutionen dafür einzusetzen,

1. dass alle einseitigen Entscheidungen der Institutionen bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Volksabstimmung in Griechenland ausgesetzt werden;
2. dass die Rückzahlung fälliger Kreditraten bei IWF und EZB vorerst ausgesetzt und kurzfristige Maßnahmen zur Absicherung der Liquidität des griechischen Staates und des griechischen Bankensektors ergriffen werden;
3. dass eine neue Konzeption entwickelt wird, um mit Griechenland über die Bewältigung der bestehenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einer Weise zu verhandeln, die demokratische Prinzipien respektiert, eine Abkehr von der gescheiterten Austeritätspolitik darstellt und den Aufbau der Wirtschaft ermöglicht. Notwendig ist ein Schuldenmoratorium für Griechenland ebenso wie eine Schuldenkonferenz für die gesamte Euro-Zone. Auf keinen Fall dürfen die Griechinnen und Griechen weiter gedemütigt und ihrer Würde beraubt werden.

Berlin, den 30. Juni 2015

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**